

70 Jahre CDU Frankenthal



Ein Jubiläum, auf das wir alle stolz sein können: Am 10. März haben wir das 70-jährige Bestehen der CDU Frankenthal gefeiert. Stadtarchivar Gerhard Nestler hielt vor etwa hundert Gästen einen hochinteressanten Vortrag über die Anfangsjahre und darüber, welche kommunalpolitischen Weichenstellungen daraus folgten – eine Erfolgsgeschichte trotz manchmal schwieriger Umstände. Den Festvortrag hielt der ehemalige Kultusminister von Rheinland-Pfalz Dr. Georg Gölder. Bei diesem Blick in die Vergangenheit blieb es aber nicht: Es folgte eine spannende Diskussion mit unserem Wahlkreiskandidat für die Bundestagswahl, Torbjörn Kartes, über die Weichenstellungen für die Zukunft.

Ganz herzlich gratuliere ich allen, die für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt wurden: Franz-Josef Möller (65 Jahre); unserem Ehrengeschäftsführer Wolfgang Biundo und Gertrud Engelbreit (60 Jahre); Bernd Bappert (50 Jahre); Hildegard Andree, Gernot Blim, Karl-Heinz Bömicke, Lucia



Bömicke, Josef Büffor, Burkard Firsching, Bernhard Kehl, Peter Pfeuffer, Gisela Schuff, Jochen Schuff, Waltraud Veil und Maria Wolf (40 Jahre); Bernd Knöppel und Richard Seitz (25 Jahre).

So erreichen Sie mich:

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

Liebe CDU-Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 17. April 1946 wurde mit der Gründung der CDU Frankenthal das Fundament für 70 Jahre erfolgreiche Kommunalpolitik gelegt. Den Gründungsmitgliedern und allen, die seitdem in unserer Partei vor Ort Verantwortung übernommen haben, gilt mein Dank. Die CDU Frankenthal ist zwar, gemessen an der Mitgliederzahl, ein kleiner Kreisverband. Sie ist aber ein starker Kreisverband, gemessen an der politischen Präsenz, dem Einfluss und den gemeinsamen Erfolgen. Immer wieder haben wir bewiesen, dass wir für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an einem Strang ziehen. Diese Geschlossenheit macht die CDU vor Ort stark!

Die Zukunft stellt uns vor viele Herausforderungen: Digitalisierung und Globalisierung, Bildung und Innovation, Integration und ein gutes Miteinander, Arbeitsplätze, Alterssicherung und Familienfreundlichkeit in Zeiten des demografischen Wandels. Deshalb müssen wir das tun, was unsere Partei in Frankenthal ebenso wie in den anderen Kreisverbänden, auf Landes- und auf Bundesebene, seit ihrer Gründung stark macht: Auf der Basis des christlichen Menschenbilds, mit Schaffenskraft und dem Vertrauen in eine gute Zukunft Politik für die Menschen machen.

Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de
facebook.com/dr.maria.boehmer

CDU-Mitglieder aus Rhein-Pfalz-Kreis zu Besuch in Berlin



Am Dienstag hatte ich die Freude, viele Mitglieder der CDU, überwiegend aus dem Rhein-Pfalz-Kreis, im Auswärtigen Amt zu begrüßen. Ich berichtete u.a. von meiner USA-Reise und unseren diplomatischen Beziehungen zur Türkei. Noch immer sitzt der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel in Istanbul in Haft, ohne dass wir konsularischen Zugang erhalten. Zumindest plant die AKP keine weitere Wahlkampfauftritte in Deutschland – ein Beweis dafür, dass sich Besonnenheit und Diplomatie auszahlen.

Tolles Ergebnis für meinen Nachfolger Torbjörn Kartes

Überall im Land haben wir hervorragende Kandidaten für die Bundestagswahl – davon konnte ich mich am 18. März in Kaiserslautern überzeugen. Die Landesvertreterversammlung hat über die Landesliste der CDU Rheinland-Pfalz abgestimmt. Ich gratuliere allen auf der Landesvertreterversammlung in Kaiserslautern Gewählten und natürlich ganz besonders meinem Nachfolger Torbjörn Kartes als Kandidat im

Wahlkreis! Nach den einstimmigen Voten in den Kreisverbänden hat Torbjörn Kartes nun auch in Kaiserslautern 92,1 Prozent Zustimmung erhalten. Ein hervorragender Rückenwind für den Wahlkampf!



In Sachen Kultur und Digitalisierung durch Kalifornien

Im März führte mich eine Dienstreise nach Kalifornien. Dort besuchte ich Google, denn wer die Digitalisierung verstehen will, ist im Silicon Valley richtig. Einen hochinteressanten Austausch über die deutsch-amerikanische Wissenschaftskooperation hatte ich mit dem deutschstämmigen, ehemaligen Präsidenten der Stanford-Universität.

Im Mittelpunkt meiner Reise stand der Besuch des Thomas-Mann-Hauses in Los Angeles, das die Bundesregierung im vergangenen Jahr gekauft hat (Foto: mit stv. Generalkonsulin Dr. Katrin Steinbrenner und Tim Lappen, dem ehemaligen Besitzer des Hauses). Das Thomas-Mann-Haus steht für die Exilgeschichte deutscher Schriftsteller, Künstler und Intellektueller. Dieses Haus soll ein Ort des transatlantischen Dialogs werden. Dieser ist gerade jetzt besonders wichtig. Dafür habe ich in Los Angeles und San Francisco Netzwerke ausgelotet.

Gesetze für mehr Sicherheit

Die Gesetze, die wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag beraten haben, stehen im Zeichen von mehr Sicherheit für die Bevölkerung.

Erstens bekämpfen wir die organisierte Kriminalität: Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen können zukünftig schneller entzogen werden. Das gilt auch für Diebesgut, das keiner konkreten Straftat zugeordnet werden kann, aber offenkundig aus kriminellen Aktivitäten herrührt. Damit können Gerichte und Staatsanwaltschaften wirksamer gegen Einbruchsbanden vorgehen. Zudem haben wir als Union durchgesetzt, dass die KfW nunmehr einbruchsschützende Maßnahmen wie sichere Fenster und Türen oder Alarmanlagen bereits ab einer Investitionssumme von 500 Euro fördert. Bisher waren es mindestens 2.000 Euro – das war besonders für Mieter wenig attraktiv.

Zweitens gehen wir bei der Terrorbekämpfung energisch weitere Schritte. Mit dem Fluggastdatengesetz ermöglichen wir die Datennutzung zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität. Zudem wird dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ermöglicht, bei Zweifeln über die Herkunft von Asylbewerbern deren Mobiltelefone auszulesen. Identitätstauschungen werden damit weiter erschwert. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann. Die SPD hat allen diesen Änderungen leider erst nach dem schrecklichen Terroranschlag in Berlin zugestimmt. Zuvor hatte sie entsprechende Vorschläge unseres Bundesinnenministers abgelehnt.

